

Abonnements:
Monatlich 85 Pfennig einschließlich
Trägerlohn; durch die Post bezogen
bei Selbstabholung vierteljährlich
Mark 2.55, monatlich 85 Pfennig.
Erscheint an allen Wochentagen
nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main“.
Telephon-Anschluß:
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die Einzelhefte kosten 15 Pf.,
bei Wiederholung Rabatt nach Tarif.
Inserate für die tägliche Nummer
müssen bis abends 8 Uhr in der Ex-
pedition des Blattes aufgelegt sein.
Schluß der Inseratenannahme
in Frankfurt a. M. vorm. 9 Uhr.

Postfachkonto 529.
Union-Druckerei u. Verlagsanstalt,
G. m. b. H., Frankfurt a. M.
(nicht „Volksstimme“ adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Richard
Wittich, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe für Wiesbaden
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt am Main, Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Weiskirchstr. 49, Telephon 1026 — Expedition: Bleichstr. 9, Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier. —
Verlag und Druck: Union-Druckerei und Verlags-
anstalt, G. m. b. H., sämtlich in Frankfurt am Main.

Nummer 84

Samstag den 8 April 1916

27. Jahrgang

Protest der Neutralen gegen Blockadeausdehnung. Hollands Vorbereitung für Einberufung der Jahresklasse 1917.

Die Einigkeit in der Landesverteidigung.

Berlin, 6. April.

Nun ist die Haupt- und Richtungsdebatte über Kriegführung und Kriegsziele im Reichstage abgeschlossen, auch die sozialdemokratische Opposition hat durch Saase gesprochen und das Ergebnis ist das alte: es geht leider vorläufig nicht anders, als daß wir auf unsere Waffen vertrauen und hinter unseren Kampf stehen, die Unmöglichkeit erdulden, aber auch Großartiges durchziehen. Die Rede Saases hat keinen Zug und keine Farbe an diesem Bild ändern können. Ueber das angebliche Friedensverständnis Deutschlands im Frühjahr 1915 schwieg sie vollständig. Sie gab also jeden Versuch auf der Reichsregierung in dieser Richtung noch einen Vorwurf zu machen. Das mag arge Enttäuschung im Lande verursacht bei denjenigen, die immer noch allzu aufgläubig auf die Behauptungen derer um Saase bauten, und es mag ihnen auch einen Begriff davon vermitteln, wie es mit den sonstigen Kampfmitteln dieser Gruppe steht, wenn sie in einem so wichtigen Punkte mit den Beweisen so jämmerlich verlagert. Auch sonst blies die Schärfe Saases weit hinter dem Erwarteten zurück. Denn es ist doch keine notwendige Eigentümlichkeit „echter“ Sozialisten, für alldeutsche Volkser, wie den mit Briefpost belegten Reichsanwalt Claasen, für kontinente Bürgerliche Sozialisten, wie das verhaftete Frk. Namisch, oder für Polen gegen eine „Tilgung“ einzutreten, die nur niemand beabsichtigt. Schließlich soll der Reichskanzler ein Friedensangebot machen. Welches, hat Saase sich gebietet zu sagen. In der Kritik der Kriegsziele, die der Reichskanzler so deutlich aufstellte, als es jetzt möglich ist, hat sich der Führer der Arbeitsgemeinschaft darauf beschränkt, gegen die nicht geplante Annexion Belgiens zu protestieren, für die ein paar Strohköpfe in Varen anstürmen. Wenn Saase die Dinge wirklich so genau kennt, hätte er besser getan, politische Vorkämpfe für die Form zu machen, in der wir friedlich und vertragsmäßig mit Belgien fertig werden können.

Deshalb war es dem Genossen Scheidemann nicht schwer, nochmals all die Lasten aufzuheben, die im Ausland liegen und den Abschluß des enthehligen Krieges hindern, die aber die Gruppe um Saase noch immer nicht sehen will: den Bund auf Gedeih und Verderben, den Frankreich mit Aufbruch und dessen Kulturwidrigkeit in einem Briefe des unübergeordneten Rands denunziert wird, die Sozialisterei englischer und französischer Staatsmänner und Arbeiter, die unsere Erfolge nicht zugeben und in Friedensverhandlungen nur eintreten wollen, wenn wir uns vorher vor ihnen gebeugt haben, sowie die geschäftlich-politische Spekulation in Nordamerika, die sich von der langen Dauer des Krieges nährt. Gegen die inneren Unzulänglichkeiten der deutschen Regierung aber für die Wahlrechts- und Vereinsrechtsreform, wie für die Zensurfürsorge und die Organisation der Lebensmittelfürsorge fand der Redner der Wehrheit weit treffendere und wirksamere Worte, als Saase, der im planlosen Umschlagen die Töpfe zertrümmerte, in denen wir wirtschaftliche und politische Gewinne heimgutropfen uns anstrengen müssen.

Nicht so leicht erkennbar, aber doch ganz deutlich zog sich noch ein anderer Kampf durch die zweitägigen Debatten. Das war der neu erwachte Streit um die Handhabung der deutschen U-Boote. In den Verhandlungen der Budgetkommission waren die Schornacher und Heber zum Konflikt mit aller Welt, gegen die sich der Reichskanzler und der neue Marinecheftrakt warnehmend wandten, niedergehalten worden. Der erzielte Kompromiß hatte die sozialdemokratische Beschränkung aufgenommen, daß der Gebrauch der U-Boote „unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten“ stattfinden habe. Als der schriftliche Bericht über diese Verhandlungen und ihre Ergebnisse erschien, den Herr Postermann erstattete, ergab sich, daß der Ratgeber Vattermann mit dem Berichterstatter gleichen Namens durchgegangen war. Da wurde fälschlich davon gesprochen, daß der Kompromißantrag nicht „auf die Normen eingebe, in welchen der Unterseebootkrieg geführt werden soll, ob uneingeschränkt oder eingeschränkt“. Diese nationalliberal-konservative Auslegung wurde nachträglich wieder der Schornacher zum Rechte zu verbessern, die gerade durch das Ergebnis der Kommissionsverhandlungen unschädlich gemacht worden war. Sie hatte nur durchgehen können, weil der Wortlaut des Berichts in der Budgetkommission mit Hilfe des Herrn Spahn so schnell am Beginn einer Bornmittagsstunde „festgestellt“ worden war, daß er der Aufmerksamkeit der kritischen Mitglieder entgangen war. Daß die Schornacherische Fronde nach ihrem

Unterliegen diesen neuen Versuch machte, ihren Standpunkt auf Umwegen zur Geltung zu bringen, konnte zu neuen Zusammenstößen im Plenum führen. Die sozialdemokratische Fraktion beauftragte ihren ersten Redner damit, sehr nachdrücklich zu erklären, daß für sie der einschränkende Beschluß nicht die unrichtige Verichterstattung Vattermanns maßgebend sei und bleibe. Daraus erklärt sich, daß Genosse Ebert am ersten Tag der Kriegsdebatten mit aller Schärfe hervorhob, für uns sei die Erklärung des Reichstags für Einschränkung des U-Bootkrieges mit Rücksicht auf die Neutralen das Wesentliche. Man konnte gespannt sein, ob die Rechte und die Nationalliberalen nunmehr den Kampf gegen die Linke und die Reichsregierung von neuem aufnehmen würden. Sie haben es nicht getan und damit eine neue Kränkung verübt. Wohl streiften Stresemann und Graf Westarp die kühne Sache, aber äußerst vorsichtig. Westarp erklärte, daß für seine Partei alles auf die Energie ankomme, mit der der U-Bootkrieg geführt werde; auf die anderweitige Passivität der Kompromißresolution wolle er aber aus vaterländischem Pflichtgefühl nicht eingehen. So umging auch der Schornacher der äußersten Rechten die Klippe und der Beschluß mit dem Aufsat, daß beim U-Bootkrieg die Rechte der Neutralen zu wahren sind, erfolgte einstimmig, wie in der Vorbereitung. Herr Vattermann und seine Hintermänner hatten wieder einmal einen erfolglosen Ausbruch gemacht.

So wurde auch der Schluß der Debatten zu einer Legehung der Hostilität und Ausdauer, mit der sich Parlament und Volk hinter die äußere Kriegführung stellen. Desto lebhafter wird nun der Kampf um die innere Politik entbrennen.

Auslandsurteile zur Kanzlerrede.

(Nach Meldungen des Wolffschen Bureau.)

England. Der „Motherday Courant“ meldet aus London: Die „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel, daß der Reichskanzler in seinen Auslassungen sowohl über die belgische wie über die polnische Frage eine gewisse Vagheit beobachtet habe. Das Belgien betreffe, so habe die Partei in Deutschland, welche für die Annexion ist, allen Grund, die Rede beifällig als eine Kapitulation des Reichskanzlers vor ihrer Forderung zu betrachten. Wenn Bethmann Hollweg die gemäßigtere der um den Vorrang streitenden beiden Gruppen der öffentlichen Meinung in Deutschland vertritt, sei die Aussicht darauf, daß Deutschland wieder zur Vernunft komme, in der Tat sehr entfernt. Selbst für die Neutralen habe der Reichskanzler nichts anderes übrig, als Gleichgültigkeit, die sich unter dem Schein der Höflichkeit verbirgt. Gegenüber den Worten des Reichskanzlers über den Unterseebootkrieg sei seine Versicherung, daß die Rechte der Neutralen beachtet werden sollen, nur ein Versuch, Sand in die Augen zu streuen.

Frankreich. „Petit Parisien“ sagt: Die Worte werden darin neue Gründe finden, in der Verteidigung der Unabhängigkeit der Völker anzuharren. Sie werden auch den Beweis darin finden, daß sich Deutschland keineswegs erschüttert fühlt. Das Berliner Kabinett würde die Herrschaft des Weltbundes nicht von sich weisen, wenn es den Sieg vor Augen sähe. — Das „Journal“ schreibt: Nach einer hundertjährigen Kriegerung der Völker, nach der Vergewaltigung Belgiens, das in vollen Aufschwung seiner freien Entwicklung war, nach der Häufung von Grausamkeiten während der ersten Kriegswochen, nach den täglich wiederholten Unfällen des Unterseebootkrieges mag Deutschland nun das Gespenst der Rache anrufen, von dem es sich schon umhüllt fühlt. Aber wenn es sich als Kämpfer für Recht und Freiheit hinstellt, so empfängt es als Antwort nur ein allgemeines Lachen der Verachtung. — Jean Verette schreibt im „Echo de Paris“: Als der Kanzler in sein Programm die Rechte der Völker und Völker einsetzte, wollte er die Irrgänge der Vortragsbesprechungen gestrichelt für den Gebrauch Deutschlands herrichten. Wir werden nicht in diese Irrgänge eintreten, in denen, wie der Feind hofft, die Alliierten einander aus den Augen verlieren oder gegeneinander Rufen sollen. — Stephan Bichon schreibt im „Petit Journal“: Der Kanzler fühlt sich von den Neutralen umlagert, in der Stimmung seiner eigenen Unterthanen erschüttert. Man erinnere sich an die folgenden Ausdrücke seiner früheren Kundgebungen, an die Ausgebildetheit, mit der er unsere Niederlage und den zerschmetternden Sieg seiner Armeen verkündete, und vergleiche das mit der platten und hohlen Rhetorik, die er jetzt den Vorkämpfern vorgelegt hat. Aus dem Gegensatz ergibt sich eine Lehre.

Die Meinung der Zeitungen läßt sich im Allgemeinen dahin zusammenfassen: Das Interessanteste in der Rede Bethmann Hollwegs ist, was er nicht gesagt hat, was zwischen den Zeilen gelesen werden muß. So war ihm nicht möglich, die militärische Lage anzupreisen, weil er sonst Enttäuschung hätte offenbaren müssen; es war ihm nicht möglich, auf die finanziellen Hilfsquellen hinzuweisen, weil er sonst die phantastischen Berichte Helfferichs hätte wiederholen müssen. Die einzige Rede, die er hätte halten wollen, ist in die drei Worte zusammenzufassen: Verdun ist erobert.

Italien. „Giornale d'Italia“ schreibt: Der Kanzler bereite seine Rede in Turin vor, aber trotz des guten Willens des Redners wurde eine Symphonie in B-Moll daraus, da das Leitmotiv, der Sieg von Verdun, fehlte. Der Kanzler rede vom Frieden, natürlich von einem Frieden, der für die Berliner Regierung bequem wäre, der ihre Schuld ungestraft ließe und ihr die Möglichkeit geben würde, mit mehr Glück ihr irdisches Spiel in zehn bis fünfzehn Jahren wieder zu beginnen. Der Friede werde kommen und dauerhaft und fruchtbar in einmütiger Verständigung der Völker sein, aber nicht bevor den Briganten Gucova die Lust genommen sei, die Welt in Blut zu tauchen. — „Idea Nazionale“ schreibt, daß die hochtönen Worte und Drohungen des Kanzlers zum Lachen reizten. Seine Friedensbedingungen führten auf einem verurteilten Vollen und Belgien. Der deutsche Kanzler sei, wie gewohnt, in deutscher Weise unnahbar. Die Drohungen mit neuen Schlägen finden den Verband fest auf dem Boden. Der französische Widerstand bei Verdun sei ein beruhigender Beweis dafür. Die Alliierten ihrerseits können jetzt vollständig gerüstet nach den Überlegungen der Pariser Konferenz handeln. Dann werde man sehen, ob ihre Schläge nicht weniger schmerzhaft seien als die deutschen. — „Corriere d'Italia“ schreibt: Man dürfe nicht auf ein friedliches Europa hoffen, solange man auf der einen Seite noch ähnliche Vorschläge von einer Herrschaft über kleinere Staaten mache und auf der anderen Seite von Erdrückung des Gegners spreche. Um die Wahrheit zu sagen, hätten die jüngsten politischen Anmerkungen der Staatsmänner des Verbandes sich von dieser extremen Note ferngehalten. Selbst Mazzini sprach nur von der Zerstörung des Militarismus und der Wiederrückführung Deutschlands. Die Behauptungen des Kanzlers, daß die deutschen Alliierten in Belgien und Polen die Wälder zum Fechten einengen würden, ließen vielmehr befürchten, daß sie auf eine weitere Entfernung vom Frieden hinweisen, wenn nämlich der Friede von den mündlichen Anmerkungen der Staatsmänner abhängt. Man dürfe diesen Anmerkungen immer nur begrenzten Wert beimessen. — „Tribuna“ sagt unter Bezugnahme auf des Kanzlers Ausrufung, die Weltgeschichte kenne keinen status quo ante mehr: Das rücksichtslose, durchdrachte Problem, das je die Geschichte kannte, wurde klipp und klar aufgestellt. Niemand könne vor dieser erschreckenden Tatsache die Augen schließen oder sich der Illusion hingeben, daß die Lösung des Problems in der Schwere gelassen oder verschoben werden könne. Nur in den Köpfen der Positiven und bei gewissen Dilettanten der Diplomatie könne eine betagte Hoffnung noch aufkommen. Es würde eine ungeheure Ironie der Weltgeschichte sein, wenn die Lösung werde auf der einen oder anderen Seite von der Gestaltung gemäß den eigenen Ideen und eigenen höheren Interessen abhängen. Bethmann Hollweg habe sich in Gewande je eines Alldeutschen vor, gegen das auch er sonst angelämpft habe. Das Blatt fährt fort: Wir sind nicht in der Lage, die wahren Beweggründe dieser neuen Haltung zu erkennen, aber wir wissen den Ernst dieser neuen Erklärungen zu würdigen, die den Krieg bis aufs Messer bedeuten, wofür die materiellen und moralischen Kräfte der Alliierten aufgerufen und die Handlungen und Verfügungen der Regierung vorbereitet sein müssen.

Ähnlich wie „Giornale d'Italia“ urteilt der „Corriere della Sera“. „Secolo“ meint: Früher sprach der Kanzler im Reichstage, um sich von den Neutralen und Feinden Ideen zu lassen, um zu drohen, zu polemisieren und zu schmeicheln. Niedmal gilt seine Rede ausschließlich Deutschland und den Deutschen. Die deutsche Regierung hofft nach Verdun, nach der Pariser Konferenz, nach der portugiesischen Kriegserklärung und der holländischen Mobilisierung nicht mehr, daß die Neutralen Schweigegeldern ihr Ohr leihen, deswegen sprach der Kanzler nur zu den Deutschen. Das Blatt zieht daraus den Schluß, daß Deutschland jetzt Worte nötig habe, beruhigende Worte, die wie in den ersten Kriegstagen an den Sieg glauben machen sollen.

Schweiz. Der „Berner Bund“ unterstreicht als auffallend in der Rede des Reichskanzlers, daß von Frankreich bei der Aufzählung bestimmter Kriegsziele nicht die Rede ist, was den Schluß zulasse, daß auch, realpolitisch gesprochen, kein scharfer Gegensatz zwischen den deutschen und den französischen Interessen bestehe. Die große Rede habe die Bedeutung eines historischen Dokuments. — Die „Rationalisierung“ bezeichnet die Pläne der Grenzicherung als eine Aneignungspolitik und glaubt, daß die Hoffnung auf eine baldige Beendigung des Krieges wieder in weite Ferne gerückt sei.

Holland. Der „Nieuwe Courant“ begrüßt es mit besonderer Genugtuung, daß die deutsche Regierung nicht an eine Annexion Belgiens denke, etwas, über das bisher keine Sicherheit bestanden hat. Das Blatt glaubt, daß die militärischen Garantien, die sich Deutschland im Westen verschaffen wird, wahrscheinlich in der Forderung der Neutralität bestehen werden, die einen Angriff auf Deutschland außerordentlich erschweren würde. Deutschland trete in dem Augenblick, wo an die Möglichkeit seiner militärischen Lage über die Alliierten kein Zweifel bestehe, mit den Bedingungen hervor, unter denen es bereit ist, Frieden zu schließen. — „Nieuws van den Dag“ schreibt: Der härteste Teil aus Bethmanns Rede ist sicherlich der gewesen, in dem er Englands unaufrichtige Haltung gegenüber der Friedensfrage an den Pranger stellte. Der Kanzler habe recht zu sagen, daß Deutschland auf Friedensverhandlungen nicht eingehen könne, wenn Mazzini als erste Bedingung die Vernichtung des preussischen Militarismus fordere. Man will auf der anderen Seite noch nichts von

Steuerversammlung im Frankfurter Zoologischen Garten Sonntag mittag 12 Uhr.
Frauen, es geht auch euch an!

Freidenken hören, nicht darüber sprechen und nicht einmal daran denken. . . . Was der Kämpfer über den Unterseebootskrieg gesagt hat, den jeder neutrale Staat billigen muß, weil er als Vorsehung gegen Englands Ausbeutungspolitik dient, dürfte wohl hauptsächlich an die Adresse Wilsons gerichtet sein.

Schweden. „Stockholms Dagblad“ schreibt: Die Rede ist in verschiedener Hinsicht bemerkenswert. In ihrem ersten Teil fällt der Ton ruhiger Zurückhaltung an, der die Unberührbarkeit des Handels über die militärische und wirtschaftliche Lage ausgedrückt. Hier bezeugt man seinen kampflosen Versuch, eine hinter optimistischen Redensarten hervorstechende Unterteil zu verbergen, und der Ton gegen den Feind ist, wenn auch hier und da ziemlich scharf, überaus ruhig und beherrscht im Vergleich zu den ausnahmslos viel leidenschaftlicheren Worten der Ententeblätter.

Der gestrige Tagesbericht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Ausgabe enthalten.)

Großes Hauptquartier, 7. April. (H. V. Amst.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Durch einen sorgfältig vorbereiteten Angriff lebten sich unsere Truppen nach hartnäckigem Kampf in den Besitz der englischen, jetzt von kanadischen Truppen besetzten Trichterstellungen südlich von St. Etienne.

In den Argonnen schloßen sich an französische Sprengungen nördlich des Four de Paris kurze Kämpfe an. Der unter Einfluß eines Flammenwerfers vorgebrungene Feind wurde schnell wieder zurückgeworfen.

Mehrere feindliche Artillerieversuche gegen unsere Waldstellungen nördlich von Voves und kamen über die ersten Ausfälle oder vergebliche Teilversuche nicht hinaus. Auch südlich der Maas konnten die Franzosen ihre Angriffsabsichten gegen die fest in unserer Hand befindlichen Anlagen im Caillette-Walde nicht durchführen. Die für den geplanten Stoß bereit gestellten Truppen wurden von unserem Artilleriefeuer wirkungsvoll gestoppt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Südlich des Narocz-Sees wurden östliche, aber heftige russische Angriffe zum Scheitern gebracht. Die feindliche Artillerie war beiderseits des Sees lebhaft tätig.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Oberste Seeleitung.

Oesterreichisch-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 7. April. (H. V. Amst.) Antlich wird verlautbart:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der süßenländischen Front unterhielt der Feind gestern nachmittags ein lebhaftes Artilleriefeuer, das gegen den Dolmeiner Brückenkopf auch nachts anhielt. Der Nordteil der Stadt Görz wurde wieder aus schweren Mörsern beschossen. Nördlich der Dolmeiner Bergkette zwei italienische Flieger, von denen einer erfolglos Bomben abwarf.

Im Tiroler Grenzgebiet kam es an mehreren Stellen zu kleineren Kämpfen. Am Kautschkefelsen (nördlich des Monte Cristallo) war es einer feindlichen Abteilung in den letzten Tagen gelungen, sich auf einem Sattel festzusetzen. Heute Nacht fauberten unsere Truppen diesen vom Feinde, nachdem 122 Italiener, darunter 2 Offiziere, gefangen und erbeuteten 2 Maschinengewehre. Nördlich des Sugana-Tales griffen härtere italienische Kräfte unsere Stellungen bei St. Oswald an. Der Feind wurde zurückgeschlagen und erlitt große Verluste. Dasselbe Schicksal hatten feindliche Angriffe im Ledro-Tal. Nördlich des Tonale-Passes wurden einige neu angelegte Gräben der Italiener heute nacht durch Minen zerstört.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:
v. Höfer, Feldmarschallleutnant.

Dom See- und Handelskrieg.

Protest aller Neutralen.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Aus guter Quelle verlautet, daß alle neutralen Staaten in London gegen die vertragswidrige Auslegung der Londoner Deklaration über die Verhinderung der Blockade protestieren werden.

Holländisches.

Haag, 7. April. (H. V. Amst.) Der zweite Kammer wurde eine Vorlage unterbreitet, um im Hinblick auf die herrschenden außerordentlichen Umstände der Regierung Gelegenheit zu geben, wenn dies notwendig sein sollte, frühzeitig zur Einberufung der Jahresklasse 1917 übergehen zu können.

Amsterdam, 7. April. (H. V. Amst.) Den Soldaten der besetzten Stellung in Amsterdam ist wieder eine etwas größere Bewegungsfreiheit eingeräumt worden. Die das „Gondelblad“ meldet, dürfen sie jetzt wieder an Wochentagen ihre Standorte nach 5 Uhr nachmittags, an Sonntagen nach 12 Uhr mittags verlassen, sie dürfen aber nicht mit der Eisenbahn wegfahren.

Rotterdam, 7. April. (H. V. Amst.) Der Streit der Roten und Rechten der Holland-Amerika-Linie breitet sich aus, da auch die Kassekassen der Schiffe, welche nach der Heimat zurückgekommen sind, sich weigern, unter den alten Bedingungen sich anzumauern zu lassen.

Zum Fall „Valembang“.

Haag, 7. April. (H. V. Amst.) Das Ministerium des Inneren teilt mit, daß die deutsche Regierung der niederländischen folgenden über das Ergebnis der von den deutschen Behörden eingeleiteten Untersuchung wegen des Unterganges des Dampfers „Valembang“ zur Kenntnis gebracht hat. Es sind jetzt die Berichte von allen, auch nur einigermaßen in Betracht kommenden deutschen Kriegsfahrzeugen eingetroffen. Im Augenblick, wo sich der Unfall mit der „Valembang“ ereignete, ist kein einziges deutsches Kriegsschiff geblieben, auch nur in der Nähe der Unfallstelle gewesen. Die Möglichkeit, daß der niederländische Dampfer unabsichtlich von einem auf ein feindliches Kriegsschiff gesteuerten Torpedoboot getroffen wurde, muß deshalb ebenfalls als ganz ausgeschlossen betrachtet werden.

„Englische Tyrannei.“

Unter dieser Überschrift bringt die holländische Zeitung „Tijds“ vom 4. April folgendes: Eine große Maschinenfabrik in Quattem hat eine Bestellung in Arbeit für unsere Kolonien. Dazu gehören auch eisernen Räder. Als diese Räder in Holland mit einem holländischen Schiff nach einer holländischen Kolonie verschifft werden sollten, wurde — wie der „Nieuwe Haarlemmer Courant“ berichtet — von englischer Seite erklärt, dies werde nicht gestattet werden. Die betreffende Maschinenfabrik müsse erst nachweisen, daß die besagten Räder nicht aus England kommen könnten, ehe Ausfuhrerlaubnis erteilt werden könne. Obgleich man bewies, daß die Räder aus England dreimal so teuer sein würden — das sind den in den Niederlanden Kontrakte ausübenden Engländer nichts an! Die Maschinenfabrik wurde also von England gedrängt, für eine Lieferung an unsere eigenen Kolonien dreimal so teures und viel schwerer zu bekommenes Material zu verwenden! Das letzte Mittel, welches die Engländer erfinden haben, um unserer Handel zu tyrannisieren, ist den Beweis dafür zu fordern, daß der fragliche Artikel nicht aus England bezogen werden kann.

Die französische Handelsflotte im Kriegsdienst.

Eine Maßregel, die einer förmlichen Requisition der Handelsflotte gleichkommt, ergreift dem „Temps“ zufolge der Marineminister, indem er bestimmt, daß grundsätzlich jedes französische Schiff zu jeder Zeit einer außerordentlichen Ermächtigung bedürfe, die von den Behörden nur dann erteilt würde, wenn die Fahrt der Verproviantierung des Landes diene.

Die „Revue des Deux Mondes“ schrieb am 15. März über die französische Handelsflotte: Ihre Verwendung ist sehr verschiedenartig, als Hilfskreuzer, Beiboot, Patrouillenschiffe, Hospitalschiffe usw., aber die Form, die der Unterseefriede angenommen hat, daß jedes Schiff zu einer Einheit, zwar nicht des Angriffs, aber der Verteidigung zur See gemacht. Nach langem Jögern ist der Marineminister zur Bewaffnung der Handelsdampfer mit leichten Geschützen gekommen. Die Lösung der Aufgabe machte Schwierigkeiten, da Frankreich wenig verfügbare Geschütze von etwa 100 mm. besaß, und da an die Herstellung von neuen nicht zu denken war. Immerhin gelang es, die Handelsdampfer gefährlich für die Unter-

seeboote zu machen. Mit der Aufhebung des Unterseeboots zwischen Krieg- und Handelschiffen ist man allerdings auf einen Standpunkt zurückgekommen, wie ihn das Seerecht vor 200 Jahren einnahm, aber die Verantwortung trifft die Deutschen und ihr barbarisches Vorgehen auf den Meeren. Seit der Einführung der Bewaffnung ist die französische Flotte vor schwereren Verlusten verschont geblieben, so einzelne Dampfer, wie „Marnet“ und „Lafayette“ haben tapfer das Feuer gegen Unterseeboote eröffnet.

Steuerzahlen unbeliebt!

London, 7. April. (H. V. Amst.) Der „Daily Telegraph“ schreibt zu den neuen Steuern und dem neuen Budget: Der Schatzkanzler kann nicht erwarten, daß er unter diesen Umständen Geld für Staatsanleihen findet. Viele Finanzautoritäten der City würden glauben, daß bei dieser hohen Einkommensteuer die nächste Staatsanleihe nur dann ein großer Erfolg werden kann, wenn sie von der Einkommensteuer befreit wird. — Die „Morning Post“ schreibt, daß der Schatzkanzler in diesem Jahre, wenn der Krieg fort dauert, außer den Steuern noch 1000 Millionen Pfund aufbringen müsse, und es sei zu befürchten, daß bei der Höhe der Einkommensteuer der Wert und die Marktliquidität der Staatsanleihe nicht ausreicht erhalten werden könnte.

Verjüngung der französischen Generalität.

Agence Havas meldet: Die Kammer beschloß den Gesetzentwurf über die Verjüngung der Kadres des Heeres. Kriegsminister General Roques führte aus, daß der Krieg die Notwendigkeit dieser Verjüngung bestätigt habe. Wenn das betreffende Gesetz schon Anfang des Krieges in Kraft gewesen wäre, hätten 110 von der Altersgrenze getrocknete Generale an dem Feldzuge nicht teilgenommen. Von diesen 110 Generalen wurden vier Divisionsgenerale und 10 Brigadegenerale an der Front verwendet. Der älteste General der französischen Armee sei 64, der jüngste 49 Jahre alt. Dies beweise, daß eine Auswahl zugunsten der Jüngeren stattgefunden habe. Die unbedeutendsten Offiziere würden durch das Gesetz ausgetauscht, welches kein Gesetz der Schwäche sei, sondern eine Vorsicht für das Land bedeute. Die Regierungsvorlage wurde mit 254 gegen 218 Stimmen dem Heeresauschuß zur Nachprüfung überwiesen.

Türkischer Tagesbericht.

Konstantinopel, 7. April. (H. V. Amst.) Amstlicher Heeresbericht. Von der Frontfront keine Meldung von Wichtigkeit. — In der Kaukasusfront in verschiedenen Abschnitten unbedeutende Zusammenstöße von Aufklärungsabteilungen. Bei einem dieser Zusammenstöße wurden wir 60 Russen zu Gefangenen. Am 4. April überflogen acht feindliche Flugzeuge die Halbinsel Gallipoli. Hauptmann Subede griff sie mit seinem Flugzeug an und brachte im Verlaufe des Luftkampfes einen feindlichen Flieger vor Kumburg zum Absturz. Das Flugzeug verbrannte sofort im Meer. Nachforschungen feindlicher Torpedoboote, die ihm zu Hilfe geeilt waren, blieben erfolglos.

Warenumschlagsteuer.

Der Zentrumsabgeordnete Müller (Zulba) teilt dem „Berliner Tageblatt“ mit, daß er bisher keinen Antrag gestellt habe, der eine Warenumschlagsteuer zum Gegenstand hat.

Dagegen habe er einen von anderer Seite gemachten Vorschlag der Freie übergeben lassen, damit solcher öffentlich besprochen und abschließende Einwendungen dagegen geltend gemacht werden könnten. Nach dem fraglichen Vorschlag sollten Beträge unter 20 Mark (eventuell 50 Mark) frei bleiben und im übrigen bis zu 100 Mark mit 10 Pfg. besteuert werden.

Ob ein derartiger Vorschlag in der Steuerkommission des Reichstags eingebracht wird, sei noch zweifelhaft, zunächst sei nur ein Änderungsantrag zum Umsatzsteuergesetz geplant, der die Entrichtung des Stempels vierteljährlich in einer Gesamtzahlung vorzöge und den gesamten Bankverkehr freilasse.

Dermischte Kriegsnachrichten.

In Saest vermehrte laut „Berliner Tageblatt“ ein funderloses Obopanz zur Verwertung für Kriegsschadstoffe ein 20 Morgen großes schuldenerreutes Gut mit sämtlichen Einrichtungen der Provinz Weistalen.

An dem Landesverwaltungsprozess gegen Senator Hoffsch und den Kaufmann Herken aus Lübeck wurden die Angeklagten von der gegen sie erhobenen Anklage durch das Reichsgericht

Seuileton.

Blut um Blut.

Ergählung aus Dalmatien von Ivan Kowle.
Deutsch von H. Heffe (Zoffendorf).

(Fortsetzung.)

II.

Ohne sich klar darüber zu sein, was er tat und wollte, eilte Ivan in immer wachsender Hast weiter. Bald wurde das Gelände flacher, doch auch gerodeter und wilder. Ein Felsblock riefte sich an den andern, frey und quer und auseinandergerissen, dann wieder trichterförmige Täler bildend. So weit der Blick reichte, nichts als Bilder der weiten trostlosen Feldwildnis — Bilder von dämmernder Stimmung. Nirgends ein wenig Erde, kein Baum, kein Strauch. Oft waren die Felsen so aneinander, daß sie felsame Formen bildeten. Nur hier und da sah man kleine Stellen, die aus einem unruhigen Galt. Hier waren sie dicht beieinander, dort weiter entfernt. Nur der springende Eingeborene vermochte hier so geschwind vorwärts zu kommen. Immer ungesünder lief Ivan, bis die plötzlich hereinbrechende Dämmerung die Hänge des weiten, grandiosen Felschans verfinsterte, jedoch es aussah wie eine einzige graue, unruhige schwebende Ebene. Da sah er sich denn in seinem rasenden Laufe gehemmt.

Reuend hielt er an, und seine Blide eilten forschend umher. Nur mühsam atmend, ließ er sich endlich nieder. Den Kopf in die Hände gestützt, versank er in düstere Gedanken.

Was hatte doch der Alte unter, auf dem Sammelweg gesagt? Vergebens mühte er sich, jedes seiner Worte ins Gedächtnis zurückzurufen, sich klar darüber zu werden, was ihn so plötzlich niedergeschmettert. Doch es war ihm wie im Kopfe, die Pulse schlugen — er vermochte das Heer der auf ihn einströmenden Gedanken nicht zurückzuhalten — sie verwob sich unklar zu einem einzigen großen Sehnsucht bitterer Enttäuschung, dem er sich in seiner Erschöpfung hingab.

Die kurze Dämmerung war hereingebrochen, die Schatten der Nacht hatten sich herabgelassen. Eine trübende Luft lag auf, und mit ihr schwebten auch die letzten Schattenspiele der nächtlichen Umgebung. Es herrschte tiefdunkle Nacht. Allmählich aber verwandelte sie sich in nebelhaftes Grau. Das poröse Gestein, das die Sonne während des Tages bestrahlte, wurde feucht — es war, als

dampfte es. Ringum herrschte Grabesstille, nicht der leiseste Laut ließ sich vernehmen.

Auch Iwans Atme war allmählich wiedererstet. Noch immer sah er da, die Augen mit den Händen bedeckt. Es war ihm jedoch leichter zumute geworden. Vagabundierende und lüchliche erlebte Bilder stiegen in ihm auf und weckten eine Stimmung in ihm, die sich ihm wie ein mild und ein Herz legte.

Wie war sie doch sein liebster gewesen, Teuta, die Tochter des Nachbarn Juppawowitsch, von Kindheit an! Schon als kleiner Knabe war er ihr zugefallen, als sie auf den ausgetretenen Steinpfaden vor der Tür der Hütte mit bunten Steinen spielte oder unter schattigen Eichenbäumen Kränze wanden aus den Blättern der spärlichen Granatapfelbäume und sie dem struppigen Hunde umhängten. . . . als sie später mit den Alten aufs Feld gingen, um dem weinigen Boden die uralten Feldbrüche durch mühselige Arbeit abzuräumen. . . . als sie die Felsen auf die magere Weide trieben und auf jodenden Höhen, auf buschigen Felsplatten zum Mähen ihrer Wälder Lieber von seltsamer Schwermut sangen. Wie beglückte es ihn, wenn er sie später bei den ungesünnen Spielen gegen die roten Dorfbrüder in Schutz nahm, und sie ihm durch kindliche Zuneigung lohnte!

Wie alle Mädchen des Dorfes war auch er ein Bildhauer gewesen, voll Leidenschaft und ungezügelter Lust, voll Hochmut und dubiosen Trost. Doch wie gerühmt sein Jähzorn, wenn ihm ihre dunklen Augen strafende Blicke zuwarfen, oder vorwurfsvolle Worte über ihre Lippen kamen! Er liebte sie mehr als seine eigenen Geschwister, ohne zu ahnen, daß es noch eine Liebe gäbe, tiefer als Geschwisterliebe. . . .

Als er dann Jüngling und sie Jungfrau geworden, als Sitten und Gebräuche ihrer Freundschaft allerlei Schranken zogen, wollte es scheinen, als hätte sich eine gewisse Entfernung zwischen sie geschoben. Bitterer Kummer kam oft über ihn, wenn sie seinen Aufmerksamkeiten lässlich aus dem Wege ging, und Jörn und Eifer suchte ließen ihn die Hände dalassen, wenn es ihm scheinen wollte, als würden die Buchstaben im Auge auf sie. Wenn jedoch bei Festlichkeiten auf dem freien Plage vor dem Dorfe die Straßentänze oder er sich bei den Mägen der Kollektoren und unter den lauten Weisheiten der Alten mit ihr im Tanze erheben durfte — wenn das seine Köpfe mit der kochenden Wärme zu ihm aufblühte und ein Bild der nachschmerzigen Augen ihn traf — dann meinte er in ihnen zu lesen, daß sie ihn noch immer geliebt war wie einst. Doch wie sonderbar — je näher er das fühlte, um so schmerzlicher wurde er und fand nie den Mut, sich ihr traulich zu nähern.

Als er dann ausgehoben war und schließlich der Tag kam, wo es galt, von dem Heimatdörfchen und den Seinen auf Jähre Abschied zu nehmen, und er zum letzten Mal vor ihr stand, da wollte er sie bitten, sie möge seiner in Treue gedenken, bis er wieder käme — bis er eines Tages Einzug behrte zum geliebten Hause ihres Vaters. Eine Träne hing ihr in die Augen, die an den dunklen Wimpern peckte und langsam über die Wangen raste. Das Herz wollte ihm brechen. Er wollte reden, doch seine Stimme war wie gelähmt. Auch ihm legte sich ein Schreier vor die Augen. Die Kameraden riefen — er gab ihr wortlos die Hand und ging.

Mit den beiden andern war er nach Pola gewandert. Es fiel ihm in der ersten Zeit schwer, bis er sich fern der Heimat, fern von dem, was ihm das Viehste war, in die militärischeucht und Ordnung schiden konnte. Er hätte sein Herzgeheimnis, selbst seinem Freunde Milan vertraut er es nicht an. Wohl hatten die beiden geteilt, er hätte sein Herz zu Hause in den heimlichen Bergen gelassen, wenn er mit ihnen am dienstlichen Abend verträumt hinter dem Weintrage saß. Er ließ ihnen jedoch eine solche Abscheu zuteil werden, daß sie bald den Mund hielten. Die Freundschaft mit Nikolaj Quola wurde bald wieder seinen Willen durch dienstliche Verhältnisse getrübt, und es war ihm gerade recht, daß sie am Ende ihrer Reisetzeit an Bord verschiedener Schiffe kamen.

Von der Zeit an hörte Ivan noch von einem von andern, bis er nach einigen Jahren und mehreren weiten Fahrten zum letztenmal in Pola anließ. Schon stand die Entlassung in die Heimat nahe bevor, als er eines Tages einem Landbesitzer angeheiratet wurde, wo er den Nikolaj zum erstenmal wieder traf. Die einstige Feindschaft schien verblasst, und nach am gleichen Abend wanderten sie Arm in Arm in eine der Oisterien, wo es bei den zahlreichen Matrosen ziemlich stürmisch herging.

Die meisten kamen gerade von der Seefahrt heim, und den schweren irdischen Wein hatten sie lange genug eingeatmet, um sich nicht jetzt noch Herzenslust daran zu lassen. So herrschte bald eine ausgelassene Stimmung, und frohe Matrosenlieder wechselten mit Scherzen und derben Epöken. Nicht zuletzt galten sie der schwarzäugigen Marietta, der Reinerin, und bald merkte Ivan, daß er ihr besonders gefiel. Er war in Weinlaune, und wenn die Schöne ihn auch ganz kühl ließ, so ging er doch auf ihre Redereien ein und ließ sich hinreizen, ohne zu merken, daß er damit nicht nur seinen Landsmann Nikolaj eifersüchtig machte, sondern auch die Eifersucht eines Seemannsmanas erregte, der die Sache durchaus nicht so leicht zu nehmen schien.

Ein paar Schritte . . . eine energische Zurechtweisung . . .

freigegeben. Die Kosten sowie die notwendigen Ausgaben der Angehörigen wurden der Staatskasse auferlegt. Die Angehörigen sind sofort in Freiheit gesetzt worden.

Dem italienischen Kriegsminister ist der Unterstaatssekretär im Kriegsministerium, Ciga, nachgeputzt. General Ciga ist zu seinem Nachfolger ernannt worden. „Gumantio“ erklärt, wahrscheinlich würden die Japane auch der „Finanz“ und der Unterstaatsminister folgen. Das würde allerdings danach aussehen, als sei der Einfluss der Deutschen in Italien vermindert.

Aus Italien wird über Bern gemeldet: Die Zahl der bisher abgegebenen Briefe aus der ersten Zeit durch eine Kantine der schweizerischen Armee am 1. April betrug 70, die der Besatzungen 60. Vermutlich werden noch 20 Soldaten.

Zur Revolution in China meldet Reuters: Ansetzung der Unabhängigkeit erklärt. — Wie weiter aus Beijing gemeldet wird, hat die Stadt Canton ebenfalls ihre Unabhängigkeit erklärt.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. April.

Vor Eintritt in die Tagesordnung eröffnet Ministerialdirektor Dr. Seelow, daß die Vorrede des Abg. Scheidemann betreffend die Feststellung der Verhältnisse von dem Begriff der politischen Verhältnisse ungeschicklich sei. Die Fassung der Regierung werde eingeleitet werden. Eine Novelle zum Reichsgerichtsgesetz werde dem Reichstag noch in dieser Tagung zugehen. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung stehen zunächst:

Kurze Anfragen.

Abg. Davidsohn (Soz.) fragt, ob die Nachricht von der Heberweisung von großen Mengen Getreides zu Brennweizen richtig sei und ob der Preisstand der Brennerie entzogen wurde und für die Volksernährung sichergestellt sei.

Unterstaatssekretär Herr v. Stein: Von den 45.000 Tonnen Getreide, die vertraglich der Spirituszentrale überwiesen wurden, waren im März rund 12.500 Tonnen abgenommen. Der Vertrag wurde dahin geändert, daß statt der 45.000 Tonnen nur 20.000 Tonnen zu Brennweizen zur Verfügung gestellt werden dürfen und alles übrige der Volksernährung zur Verfügung zu stellen ist.

Darauf beginnt die

Zweite Lesung des Militäretats.

Berichterstatter Abg. Kosselle von Siebertstein hebt zunächst das heutige Schicksal auf dem Döberitzer Jagdplatz. Er dankt dem Kriegsminister dafür, daß er den Abgeordneten Einblick in die dortigen Betriebe gestatte und sprach den Flugzeugführern und Offizieren den Dank des Hauses aus. Änderungen an den Etats seien von der Kommission nicht vorgenommen worden. Insbesondere der Munitionsvorrat wurde in der Kommission festgestellt, daß wir mit der Munition und auch mit sonstigen Rohstoffen ausreichen, wie lange auch der Krieg dauern möge. (Bravo!) Das ganze Volk sei dem Heer und dem Kriegsministerium zu großem Dank verpflichtet. (Beifall.)

Abg. Davidsohn (Soz.): Die Kriegsjahre im Verkehr zwischen der Heimat und der Front ist zu bezeichnen. Im allgemeinen genügt die Briefpost für gewisse Bedürfnisse. Wo aber die Post für nötig gehalten wird, sollte nur die oberste Kommandostufe sie beschicken. In Köln dürfen gewisse Bedürfnisse und Anlagen von einfachen Soldaten nicht betreten werden, was natürlich viel Mißgunst erregt. Professor Noll von der Berliner Universität, der auch die Kaiserin schon behandelt habe und im Krieges Vetter zweier Kriegsblinder gewesen sei, wäre wegen einiger Bemerkungen über die Kriegsführung demütigt worden. Der Kaiser habe aber in vornehmer Weise der Sache seine Hilfe gegeben, mit Hinweis darauf, daß der Professor sich der Diktation des Krieges, in dem die Augenlosen seien, vergewissern sollten. Er sei später nach Berlin zurückgekehrt, um seine Vorlesungen wieder aufzunehmen, sei aber nach Brandung kommunistisch worden, habe dort den Fahnenstich leisten sollen, was er mit Rücksicht auf seinen Zivilvertrag abgelehnt habe. Er sei dann zum Gemeinen degradiert worden und müsse alles, was er wissenschaftlich schreibe, der militärischen Zensur vorlegen. Eine Resolution über die Reform der Kriegsbesatzung sei bereits in diesem Jahre angenommen worden, ebenso eine Resolution über die Erhöhung der Mannschafteinsparung. Es gibt aber noch andere Wünsche, vor allem die Reform des Besonderechts, die Regelung des Urlaubs. Der Redner empfiehlt die sozialdemokratischen Vorschläge zur Annahme. Der Kriegsminister hat uns wiederholt vorgehalten, wir verständen nur zu kritisieren, er erfahre aber niemals Anerkennung aus unserer Mitte. Nun, in dieser Hinsicht besteht eine gewisse Arbeitsteilung in diesem Hause. Für die Anerkennung sorgen die Herren von der Rechten schon genügend. Das, was angenommen ist, erkennen auch wir an, ohne das immer wieder zu unterstreichen, weil der Minister nach der Richtung schon genügend zu seinem Rechte gelangt. Im übrigen würde sich niemand mehr freuen als wir, wenn die Zeit recht bald kommen würde, in der wir in der Anerkennung der Leistungen dieses so überaus wichtigen Moments mit den anderen Parteien übereinstimmen, ja sie überbieten könnten. (Beifall.) Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Streit war da. Wohl sah sie ihn noch im letzten Augenblick, den Blick mit dem Unteroffizier auf glühende Weise beizulegen, Nikolaj aber hefte immer mehr. Der Kaut trahnte auf seine höhere Dienststellung und verlangte alle militärische Achtung — er drohte ihn zu verhaften. Da brach ein wilder Trost in ihm los, ein unbegrenztes Wort, ein jenseitiges Wort, schon schloß er sich an der Wunde gepackt ... ein Schlag mit der Faust, und der Kaut lag regungslos am Boden.

Kaum Herr seiner Sinne, taumelte er aus dem Weinhaufe. Sollte er in die Kaserne zurückkehren? Was für ein Verbrechen hatte er begangen? Was würde mit ihm geschehen?

Planlos durchstufte er die Gassen.

(Fortsetzung folgt.)

Frankfurter Theater.

Gastspiel Paul Wegener im Neuen Theater.

„Das Land der Griechen mit der Seele suchend“ kam Friedrich Hebbel 1846 nach Wien, wo er durch seine Verheiratung mit der schönen und geistvollen Schauspielerin Enghaus das politische Bürgerrecht erwarb und 1873 starb. Aber Bürgerrecht ist nicht Staatsrecht. Die Wiener Behörden, „in ihrem Schloße aufgeführt“ durch ihn, empfanden ihn nie anders, denn als einen Fremden. Wie umgekehrt die rauhen und trockenen Sphären in seinem „Gyges und sein König“ den trohen Griechen als Fremden betrachten. Und trotzdem Hebbel die erste Bühne der Welt, als die damals das „Theater“ galt, zur Verfügung fand, deren Schauspieler meisterten, seinen Gestalten Mut und Leben zu geben, hat er nie das literarische Heimatrecht in Süddeutschland erlangt. Man erhebe seinen Schwung — man wies seine alle bildereiche Sprache — man gab ihm schließlich einen Ehrenplatz unter den Weisern der Form, deren Porträts in den Vorhang des neuen Burgtheaters zieren. Aber das Theater füllte sich nicht mit Zuschauern, wenn seine Stücke gegeben wurden. — Und im Neuen Theater in Frankfurt war's nicht viel anders. Man hatte die Empfindung, daß die meisten aus der nicht allzu zahlreichen Rubrik der des Gastes, nicht des Dichters wegen gekommen waren, des Gastes Wegener, der mit seiner Herocfigur, seiner geistvollen Sprache und seinen unheimlich-übergründlich fun-

Abg. Dr. Kohn (Soz.): Die Ernährung der Soldaten läßt zu wünschen übrig. Das Besondere ist, daß der Soldat das Recht der Kasse eingebracht werden. Nicht unbedingt sei der Alkoholismus an der Front. Die Nahrung war allenthalben; später riefen bestimmte Leute: Alkohol ins Feld! Dieser erwiderte: Ich habe die Kasse eingebracht. Man solle nicht glauben, daß zwei Generationen gleichzeitig an der Front tätig sind. Wie die Kinder durch Vererbung von der Schule behandelt werden, die von englischen Eltern stammen und doch nicht dafür können, das ganze an eine barbarische Kriegsführung. (Der Präsident rief den Redner zur Ordnung.) Was eine Barbarei ist, weiß eine Barbarei, auch wenn es von deutscher Seite aus erfolgt. (Der Präsident rief den Redner zum zweitenmal zur Ordnung.) Man hat noch immer nicht aufgehört, aus politischen Gründen Unterschiede bei der Behandlung der Soldaten zu machen. Man übertrug sozialdemokratische Soldaten und besaßtrug Kameraden, darauf aufpassen, ob die betreffenden verdächtigen Leute politische Reden halten und dergleichen. (Nicht! Nicht! bei der Soz. A.) Das entspricht wenig dem Gerede, daß das Heer eine große Erziehungsanstalt unseres Volkes sei. Ich erkenne an, daß die Heeresverwaltung ernstlich bemüht ist, den Grundsat zu Geltung zu bringen, daß man die Kriegsgefangenen in Deutschland zu behandeln, wie wir wünschen, daß unsere Landleute als Gefangene im Ausland behandelt werden. Es muß aber mit größerem Nachdruck darauf geachtet werden, daß diese Anwendung der Zentralbehörde überall auch richtig befolgt wird. Es ist im höchsten Maße zu beklagen, daß deutsche Kriegsgefangene in Russland unwürdig behandelt worden sind. Es wäre aber politisch höchst unglücklich, wenn wir und dazu hinreichen ließen, die russischen Sitten der Gefangenenernährung und Auspeitschung nachzuahmen. (Sehr richtig! bei der Soz. A.) In der Heeresverwaltung ist durchaus nicht alles in Ordnung. Wir müssen härtere Kritik üben und behaupten, daß diese Mängel nicht abgestellt werden. Der Klassencharakter des Heeres besteht noch.

Präsident Dr. Kohn erteilt und erhält die Erlaubnis, dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg die herzlichsten Glückwünsche des Reichstages auszusprechen.

Stellvertretender Kriegsminister v. Brandel: Es wird vielfach verneint, daß wir uns im Kriege befinden. Millionen von Menschen im Felde stehen und die Vorgesetzten, die Befehlshaber, die Befehlshaber, und alles andere einem ständigen Wechsel unterliegen. Daraus ergibt sich, daß naturgemäß die härtesten Verfügungen nicht immer zur Durchführung gebracht werden können. Aus dem Weichen von Mängeln kann man nicht folgern, daß bei uns alles faul ist. Auf Einzelheiten brauche ich nicht einzugehen. (Sehr richtig!) Die Befehlshaber der Soldaten läßt unter den gegenwärtigen Verhältnissen vielfach auf Schwierigkeiten; sie ist aber immer noch ausreichend. Die Verwendung von Weizen erfolgt nur auf ärztliche Anordnung. In Weizen haben 1400 Mann, meist englische Soldaten, 500 und 600 Mann Engländer, 200 internationale Juden englischer Staatsangehörigkeit und über 700 Engländer, die Engländer bleiben wollen aus geschäftlichen Interessen und um nicht dienen zu müssen. 300 sollen entlassen werden. Die Verhältnisse werden sehr geprüft. Über 1000 Engländer sind bereits entlassen worden. Es ist gesagt worden, daß eine Bestimmung bestünde, daß Engländer und Sozialdemokraten nicht entlassen würden, wenn sie dienstuntauglich wären. Bezüglich der Sozialdemokraten sage ich, daß ich eine solche Bestimmung nicht kenne. Warum sollten solche als dienstuntauglich erklärten Leute noch zurückgehalten werden? Engländer sind in Operationsgebiet; es muß daher dafür gesorgt werden, daß nicht überflüssiger Zugang von Personen dorthin erfolgt.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Abg. Brandel (Soz.) bedauert, daß ihm durch Schluß der Debatte es nicht möglich gemacht worden sei, Reichsminister vorzubringen, er werde es bei der dritten Lesung nachholen.

Ebenso bedauert Abg. Kohn (Soz. Arbeitsgemeinschaft), nicht zu Worte gekommen zu sein. Er wird, als er von politischen Überwältigungen spricht, vom Vizepräsidenten Dr. Baumbach zur Ordnung gerufen. — Das gleiche widerfährt dem Abg. Dr. Liebknecht (Soz.), als er die Art der Verabschiedung als Resolution des Reichstages (Schlechte Debatte!) bezeichnet.

Der Etat wird bewilligt und die Resolutionen der Kommissionen angenommen. Angenommen wird weiter eine Resolution der Sozialdemokraten auf Gewährung von Teuerungszulagen für Arbeiter in den Reichsbetrieben und eine Resolution der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft auf Entlassung dauernd kranker und dienstuntauglicher Mannschaften, letztere im Himmelsprung mit 142 gegen 110 Stimmen.

Es folgt der

außerordentliche Etat.

Beim Titel I meldet sich Abg. Liebknecht zu Wort. Abg. Liebknecht (Soz.): In diesem Titel werden die Mittel, gefordert zum Ausbau von Gefangenenlagern. Ich will dabei darlegen, wie die Gefangenen behandelt werden. (Vizepräsident Baumbach: Der Titel enthält den Ausbau eines Kasernegebäudes, hat also mit Gefangenenlagern nichts zu tun.) Abg. Liebknecht: Dann stelle ich den Antrag, alle Titel zusammenzufassen und eine gemeinsame Debatte darüber stattfinden zu lassen. (Schallendes Gelächter.) Der Antrag wird gegen die Stimmen der Soz. Arbeitsgemeinschaft abgelehnt.

schönen Augen den Indierkönig Randaules lebte, nicht spielte. Neben ihm gab's noch einen zweiten Gast: Kurt Erle vom Hoftheater in Darmstadt als Gyges, eine schöne Figur, voll guten Willens und angenehmer Mannerschaft. — Heute gibt Wegener Hauptmanns „Kollege Grampton“, am Sonntag Strindbergs schmerzvolles Stück „Der Vater“. Das ist ein „zeitgemäßes Programm“, denn draußen ist Krieg —

Bücher und Schriften.

Friedrich Kansen: „Sibirien, ein Zukunftsland“ 400 Seiten Text, 151 Abbildungen und 1 Karte. 2. Auflage. Leipzig, F. A. Brockhaus, 1916. 1 Bd., geb. 10 Mark. Kansen und die Kultur der „Barbaren“. „Das deutsche Volk muß doch ein merkwürdiges Volk sein.“ Friedrich Kansen am 13. Januar d. J. an Brockhaus auf die Nachricht, daß der Weltkrieg den Erfolg seines letzten Werkes „Sibirien“ durchaus nicht beeinträchtigt habe, daß vielmehr eine neue große Auflage schon nach einem Jahre nötig sei. Das war für Kansen, das trotz seiner Neutralität empfindlich unter den Zeitverhältnissen zu leiden hat, eine Hebung. Kansen „Sibirien“ ist ein Reisebuch! Jemandem wird ja doch der Reize können — irgendjemand und irgendwo muß sich auch wieder ein erträglicher Aufenthalt zu Hause ergeben. Für diese nicht zu ferne Zukunft ist Kansen Werk ein Führer; es weist dem unternehmungslustigen Deutschen den Weg zur friedlichen Eroberung dieses Landes, das zu jung oder zu alt ist, um selbst der Verwalter seiner unermesslichen Reichtümer zu sein und daher fremder Vormundschaft bedarf. Vielleicht hat noch ein zweiter Umstand den Erfolg dieses Buches mitbestimmt: viele Tausende Deutsche, Oesterreicher, Ungarn und Deutschen schickten in russischer Gefangenschaft, und die meisten von ihnen wurden nach Sibirien geschickt. Seit den Schilderungen Georg Kansen's erweist schon der Name „Sibirien“ Vorlesungen, die alles überreichen, was die Phantasie an menschenunwürdigen Zuständen, mörderischen Klimaverhältnissen und Traurigkeit des Daseins erfinden kann. Die Schrecken eines russischen Winters in einem Teilweise noch im Urzustande der Schöpfung befindlichen Lande sind gewiß nicht zu unterschätzen; oder Kansen's anschauliche und gründliche Schilderung greift denn doch jede abenteuerliche Übertriebenheit an und beweist, daß es auch dort erträglicher Lebensmöglichkeiten gar viele gibt. Die Schritte des Kansen'schen Buches, das nächste Woche in neuer Auflage erscheinen wird, dürfte daher zur Veranschaulichung der vielen Beiträge, die einen ihrer Lieben jetzt während des Krieges in Russland, in Sibirien wissen.

Abg. Liebknecht: Ich kann zu diesem Titel meine Ausführungen nicht machen, da Sie meinen Antrag abgelehnt haben. (Schallendes Gelächter.)

Eine große Anzahl von Titeln wird angenommen. Bei einem Titel über Erweiterungsbauten von Truppenübungsplätzen erhält das Wort Abg. Liebknecht (Soz.): Diese Truppenübungsplätze dienen auch dazu, die Gefangenen unterzubringen, und diese Gefangenen werden systematisch dazu gelehrt, Vandalen zu werden. (Vizepräsident Baumbach: Das gehört nicht zur Sache, ich rufe Sie zur Ordnung.) Abg. Liebknecht versucht wiederholt, unter lärmenden Zurufen, Gelächter und dem Glockenläuten des Präsidenten Dinge über angeblich völkerrrechtswidrige Behandlung der Kriegsgefangenen vorzubringen. Er erklärt, dabei, er hätte die Dokumente dafür in den Händen, und er schwingt wiederholt gefaltete ein Blatt Papier in der Hand herum. Es seien Abmachungen getroffen worden, so frei er, um die Kriegsgefangenen Mohammedaner völkerrrechtswidrig zu behandeln. (Die Ausführungen werden von schallenden Zurufen unterbrochen: Vandalen! Vandalen! Was man nicht ins Irrenhaus, wo er hingehört! Liebknecht: Sie wollen mich systematisch mundtot machen. Es wird ihm, da er sich nicht an die Sache hält, das Wort entzogen.)

Darauf wird der außerordentliche Etat der Heeresverwaltung angenommen.

Der Rest des Militäretats wird bewilligt.

Es folgt der

Etat des Reichsmilitärgerichts.

Abg. Stöckmann (Soz.): Von den Militärgerichten werden außerordentlich hohe Strafen wegen Kapitalen verhängt. Ich will nur den Fall des Arztorzelschützen, der als choleza-verdächtig in Saarburg ins Lazarett eingeliefert wurde, und infolge dessen durch einen Gefreiten, den er als Vorgesetzten wohl kannte, tödlich gegen diesen wurde. Dieser Mann, der sich begeistert zum Dienst für die Verleumdung des Vaterlandes meldete, ist wegen dieses Verstoßes mit 10 Jahren Gefängnis verurteilt worden. (Beifall.) (Vizepräsident Baumbach: Es genügt, diesen einen Fall vorzubringen, weil er typisch ist. (Sehr wahr! bei der Soz. A.) Schuld an solchen Fällen ist das System. Nach während des Krieges muß dies System beseitigt werden. Der Bundesrat kann es ändern. Will er es nicht ändern, so beweist das, daß dies System zur Wiederdrückung der Arbeiter benutzt werden soll im Kriege durch den Krieg. Daraus ergibt sich: nieder mit dem Krieg. (Beifall bei der Soz. A.)

Abg. Jochenbach (Soz.): Dieser Fall ist zweifellos traurig. Schuld ist das Militärstrafgesetzbuch. In den meisten Fällen tritt Amnestie ein. Aber diese scharfen Bestimmungen schrecken nicht. Noch während des Krieges sollte eine Milderung eintreten und dann eine Revision des Militärstrafgesetzbuchs. (Beifall.)

Abg. Stöckmann (Soz. Arbeitsgemeinschaft): Der Fehler liegt im System. Das Militärrecht soll eben auch im Kriege aufrecht erhalten werden.

Vizepräsident Dr. Baumbach teilt mit, daß ein handschriftlicher Antrag eingebracht worden ist auf baldige Vorlegung eines Gesetzes auf Herabsetzung der Strafmassima.

Abg. Jochenbach (Soz.): Es ist falsch, in diesem Zusammenhang von Massenkampf zu sprechen. Jeder, der es gut meint mit dem Heere und der Rechtsprechung, muß den Antrag unterstützen.

Abg. Graf Westarp (Kons.): Wir können dem Antrag nicht zustimmen. Es geht nicht an, jetzt einen so weitgehenden Antrag anzunehmen.

Ein Antrag Baumbach-Lebebour auf sofortige Vorlegung eines solchen Gesetzes wird abgelehnt. Der handschriftliche Antrag wird angenommen.

Der Etat des Reichsmilitärgerichts wird bewilligt.

Es folgt der

Marineetat.

Abg. Dr. Flegler berichtet über die Verhandlungen in der Kommission.

Abg. Dr. Liebknecht: Durch den Wechsel im Reichsmarineamt ist ein Systemwechsel nicht eingetreten. (Redner wird mehrfach vom Vizepräsidenten Dr. Baumbach ermahnt, zur Sache zu reden.) Tatsächlich handelt es sich um die Frage der Kriegsschiffe Berlin-Bagdad oder gegen England über Genua und Belgien. (Nachen. Rufe: Marine-Etat!) Nachdem der Krieg mit jenem Kriegsschiff infiziert worden ist ... (Glocke. Vizepräsident Dr. Baumbach: Das ist eine Verleumdung der Regierung, ich rufe Sie zur Ordnung.) Abg. Dr. Liebknecht geht dann auf die Frage der U-Boote und der Handelsschiffsdenkmal ein. (Vizepräsident Dr. Baumbach: Ich darf darauf aufmerksam machen, daß diese Fragen bei der U-Boote-Debatte bereits verhandelt worden sind. Er rufte den Abg. Dr. Liebknecht mehrfach zur Sache.) Schließlich wird dem Abg. Dr. Liebknecht das Wort entzogen. Beim Verlassen der Tribüne ruft der Abg. Dr. Liebknecht: Schämte Sie sich! (Großes Lachen. Vizepräsident Dr. Baumbach rufte ihn zur Ordnung.)

Der Marine-Etat wird genehmigt. Nächste Sitzung Samstags 12 Uhr. (Zufügung: Reichshaus, keine Etats.) Schluß 167 Uhr.



Denkt an uns!

Sendet

Galem Aleikum

(Goldmündstück)

Galem Gold

(Goldmündstück)

Zigaretten.

Willkommenste Liebesgabe!

Preis Nr. 3 4 5 6 8 10

3 4 5 6 8 10 Pfd. Stück.

20 Stück feldpostmäßig verpackt, portofrei!

50 Stück feldpostmäßig verpackt, 10 Pf. Porto!

Orient Tabak u. Cigarettenfabr. Verlags-Dresden.

Hh. Hugo Zietz, Hoflieferant S.M.d. Königs von Sachsen.

Trustfrei!

Die Krise in der deutschen Sozialdemokratie.

Von Heinrich Cunow.

Schwere Gewitterwolke lastet auf der deutschen Sozialdemokratie. Fast scheint es, als wäre zwar nicht die sozialdemokratische Arbeiterpartei, wohl aber ein großer Teil ihrer Führerschaft von einer epidemischen Spaltungs- und Zersetzungsmanie befallen. Was in jahrzehntelangen Mühen, Stein auf Stein, aufgebaut worden ist, wird allerlei illusionärer Zukunftsspekulationen wegen leichtfertig zerstört. Raum hat sich ein Teil der früheren Mitglieder von der alten sozialdemokratischen Reichstagsfraktion getrennt und eine eigene Fraktion gebildet, und schon künden die Blätter der Richtung Liebknecht-Bordabart-Nadler-Rehring, voran die „Bremer Bürgerzeitung“, eine neue Spaltung an. Die Gruppe Haase-Redebour-Kautsky wird der politischen Unklarheit geziehen, ihre Anschauungen über den Imperialismus und die einzuhaltende parlamentarische Taktik abgewiesen und die neue Fraktion der sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft aufgeföhrt (Beitrag Nr. 76 der „Bremer Bürgerzeitung“), energisch gegen die „Sozialpatrioten“ vorzugehen und sich unter die Aufsicht und das Kommando der „Internationalen Sozialisten Deutschlands“ und der Gruppe der „Internationalen“ zu stellen, das heißt jener Richtung, deren Auffassungen in den „Lichtstrahlen“, dem „Braunschweiger Volksfreund“ und der „Bremer Bürgerzeitung“ zum Ausdruck kommen. Sollten aber die neue Fraktion und ihr Anhang dieser Weisung nicht folgen, sollten sie nach zu sehr an den Traditionen des Zentrums, das heißt an den Auffassungen der Kautsky und Haase, hängen oder gar mit dem „Opportunismus“ und dem „Parlamentarismus“ liebäugeln wollen, so werden sie wie ihnen die „Bremer Bürgerzeitung“ freimütig in Aussicht stellt, den „Entschieden“ um Liebknecht-Henke den Platz räumen zu lassen. Eine neue Spaltung wird vollzogen. Die neuen Cordeliers haben ihren Klub konstituiert, der Spaltungskampf zwischen den Hebertisten, Maratisten und Dantonisten kann beginnen!

Im Kleinen hat sich eine solche Spaltung innerhalb der Groß-Berliner Opposition bereits vollzogen. Wie durch den Spartacus-Brief vom 9. März auch außerhalb Berlins bekannt worden ist und jetzt durch Rehring (in dem Beitrag Nr. 76 der „Lichtstrahlen“) der „Leipziger Volkszeitung“ vom 3. April bestätigt wird, haben die „Entschieden“ der Liebknecht-Gruppe schon im Februar das Ansehen der Haase-Redebour-Gruppe, sich den Mehrheitsbeschlüssen der Groß-Berliner Opposition zu fügen, kurzweg abgelehnt und Anerkennung der Leitlinie der Internationalisten verlangt. Als die Richtung Haase-Redebour sich diese Unterwerfung unter die Diktatur der „Entschieden“ nicht gefallen lassen wollte, erklärten die letzteren, daß sie sich ihre „freie Initiative“ nicht heumen lassen könnten. Sie trennten sich von den Halb-entschiedenen, wobei sich die meisten Vertrauensmänner des Kreises Teltow-Beesfow und Spandau der Liebknecht-Richtung anschlossen. Ein Spaltungsverkauf, den Rehring in der „Leipz. Volksztg.“ — etwas euphemistisch — mit den Worten schildert: „Es war der alte Gegensatz, der sich in dem Maße verschärfte, worin die Opposition immer größere Parteifreie erfachte; die einen wollten die Schwankenden durch immer größeres Entgegenkommen gewinnen, die anderen haben in dieser steigenden Radikalität die Gefahr neuer Verwirrung und wollten die Opposition vor allem auf einen festen Boden stellen. Diese, die sogenannte Gruppe der Internationalen, entwarfen eine Reihe von Leitlinien, die das Erfurter Programm so wenig verletzen und verleugnen, daß sie es vielmehr nur auf die gegenwärtige Lage anwandten, worauf ihnen von der anderen Richtung der Opposition die gemeinsame Tätigkeit gekündigt wurde.“

Ein Vorgang, der sich leicht in anderen Zentren der Opposition wiederholen kann, wenn nicht die Arbeiterkraft sich selbst, wie das bereits in einigen Wahlkreisen geschehen ist, mit aller Energie den Spaltungsbestrebungen widersetzt, denn irgend welche Einheitslichkeit der politischen Auffassungen besteht bei der Führerschaft der Opposition nicht, weder auf dem linken Flügel, noch in dem Haase-Kautsky'schen Zentrum, noch auf dem des „Opportunismus“ verdächtigten rechten Flügel. Einig sind sie sich höchstens darin, daß gegen die sogenannte sozialpatriotische Spaltung der Mehrheit in jedem Falle opponiert werden muß; im übrigen aber trennt die einzelnen Gruppen der Minderheit, sowohl was die politischen Grundbände, als die Taktik anbelangt, eine lange Reihe grundverschiedener Ansichten.

Weder über die Stellung der gegenwärtigen Wirtschaftslage in der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung, noch über den Charakter des Imperialismus, noch über die sogenannte Abwärtsfrage, die parlamentarische Taktik oder die Rückblick der Massenaktionen besteht zwischen diesen Gruppen irgend welche Übereinstimmung. Und nicht minder gehen die Ansichten über den Wiederaufbau und die Neuorganisation der Internationalen auseinander. Wer die Artikel der hervorragenden Theoretiker der Gruppe der „Internationalen“ oder der „Internationalen Sozialisten“, z. B. in dem im April vorigen Jahres erschienen ersten Heft der „Internationalen“ oder in den „Lichtstrahlen“ oder der „Bremer Bürgerzeitung“, mit den Artikeln und Broschüren Kautsky's oder Bernstein's vergleicht, sieht fortwährend auf die größten Gegensätze der politischen Grundbände und der Beurteilung der ganzen heutigen Weltlage.

Und noch schärfer wird die ganze Kautsky'sche Theorie in dem von Anton Pannekoek und Henriette Roland-Kolff in Fern gegründeten neuen „Vorboten“ verpöthet. Für die Rodef, Lenin, Pannekoek ist der Kautskyismus überhaupt kein eigentlicher Marxismus mehr, sondern nur noch ein „angeblidher“ Marxismus, eine zwischen Opportunismus und Radikalismus hin und her schwankende, außerhalb des wirklichen Lebens stehende theoretische Verwirrung. Vorurteil, der ehemalige Waffengefährte Kautsky, hat im ersten Heft seiner „Worte“ von Kautsky behauptet, daß dieser sein ganzes Leben lang nur einen verdünnten Hauch der Engels'schen Dialektikationen der Marx'schen Lehre als Marxismus verbreitet habe. Das war, wenn auch keineswegs ganz unrichtig, schon reichlich; aber noch ungleich geringfügiger werden von den genannten Internationalisten Kautsky und das um ihn gescharte, sich oppositionell gebührende Zentrum, behandelt.

Und nun haben sich die Anhänger dieser verschiedenen Gruppen, deren Theoretiker und Führer sich gegenseitig so hoch einschätzen, zu einer oppositionellen Minderheit vereinigt, um gemeinsam als Lager- und Streikoffenen den Kampf gegen die Mehrheit aufzunehmen. Da konnte es kaum ausbleiben, daß schon gleich zu Anfang in dieser oppositionellen

Vereinigung allerlei Unstimmigkeiten hervortraten und die „Bremer Bürgerzeitung“ sich allzu vorsicht beikommen ließ, den Kampfgefährten vom Kautsky'schen Zentrum und vom opportunistischen rechten Flügel anzukündigen, daß wenn sie nicht der Mehrheit und Taktik der Gesamtfraktionen folgten, auch sie bald bei Seite geschoben würden.

Das war zwar ehrlich gesprochen; aber taktisch geschäht war es in der jetzigen Lage gerade nicht, den sogenannten Halbentschiedenen in dieser Weise ihr Sockel zu stellen. Und so erscheint denn Rehring in Nr. 77 der „Leipziger Volksztg.“ als großer Verschönerungsstrategie auf dem Plan. Er erklärt, daß die Opposition, wenn sie sich auch über die Form des Kampfes „gegen die sozialpatriotische Politik der Parteinstanzen“ nicht ganz einig sei, sie sich doch darüber, daß ein solcher Widerstand nötig sei, völlig klar wäre. Und daraus ergebe sich trotz aller Verschiedenheiten eine breite Möglichkeit gemeinsamen Wirkens. Das ganze Geschrei über allerlei Gegensätze innerhalb der Opposition könne nur dazu dienen, der Opposition das Bewußtsein aufzuerfrischen, „daß sie ein gemeinsames Interesse und ein gemeinsames Ziel“ habe. Ihre verschiedenen Richtungen dächten gar nicht daran, sich zu zerstreuen usw.

Vom Standpunkt der Gesamtfraktionen keine schlechte Taktik, wenn auch allzu durchsichtig. Erst mögen die um Kautsky-Haase-Redebour den Gesamtfraktionen helfen, den Kampf gegen die sogenannten Parteinstanzen durchzuführen — später, wenn das gelungen, können sie an die Reihe kommen. Hoffentlich mag die sozialdemokratische Arbeiterkraft durch diese Kalkulation einen dicken Strich!

Aus der Partei.

Wie ist doch der „Vorwärts“ so interessant!

Als stehe ein Parteitag bevor, so sieht der „Vorwärts“ aus; als gäbe es in dieser Zeit welterschütternden Geschehens nichts Wichtigeres zu vermelden, so pöproft er fortgesetzt seine Spalten voll mit Erklärungen, Resolutionen, polemischen Ergüssen über Abfälle der Tagesgeschichte. Das Schöne wohl brachte die Nummer vom letzten Freitag: eine ganze Seite Klagen und Beschwerden über einen Eingriff des Parteivorstandes in eine besondere Art Verfahren der Redaktion des „Zentralorgans“. Nämlich die Redaktion des „Vorwärts“ brachte nicht nur alle Aufreufe um der „Sozialdemokratischen Arbeitergemeinschaft“, was der Parteivorstand der Redaktion nicht verwehren wollte, sondern er brachte sie in der Aufmachung und an der Stelle (Seite des Blattes), wie die Aufreufe der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Deswegen ging der „Vorwärts“-Redaktion der Beschluß zu, der Vorstand erhebe Einspruch: Das Organisationsstatut der Partei kennt nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Sonderorganisationen werden von dem Organisationsstatut der Partei nicht als gleichberechtigt anerkannt. Die Gruppe der 18 hat deshalb kein Recht, sich an der Spitze des Zentralorgans mit Aufreufen an die Parteigenossen zu wenden. Wenn die Redaktion des „Vorwärts“ von Rundgebungen dieser Gruppe Notiz nehmen will, so kann sie dieselben im politischen Teile des Blattes registrieren.“

Ferner verlangte der Parteivorstand bei bestimmten Fällen, in denen es sich um organisatorische Maßnahmen handelte, es solle die Redaktion gleichzeitig mit Resolutionen, die Kreisvertretungen gegen den Parteivorstand gefaßt hatten, auch die Antwort des Parteivorstandes aufnehmen. Endlich hat ein Vorstandsmitglied verlangt, es solle an einem Artikel Bernstein's über die vom Reichstagsausschuß gefaßte Resolution zum U-Bootskrieg auch der Text dieser Resolution abgedruckt (das Vorstandsmitglied hielt den Artikel für falsch, für „verlogen“) und eventuell eine Entgegnung aufgenommen werden. Lauter selbstverständliche Forderungen! Speziell zur Bernstein-Sache würde Bernstein selbst gewiß gefaßt haben: Aber natürlich! Und daß der Parteivorstand auch antworten können, wenn man ihn anweist (der Angriff umfaßte annähernd 100 Zeilen, die Antwort etwa den dritten Teil), darüber sollte doch auch kein Streit möglich sein. Ebenso, daß man, wenn es sich machen läßt (der Parteivorstand hat kein Bureau im „Vorwärts“-Gebäude!), die Antwort gleich anhängt. Aber für solche Selbstverständlichkeiten hat die „Vorwärts“-Redaktion anscheinend kein Empfinden: der Parteivorstand mußte erst durch Antzeigung an die Zeche-ri Awana antworten. Und nun jammert die Redaktion über Zwahlen long (die „beschränkt sich für heute“; also das „Peinlicher kann in Fortsetzungen weiter gehen) über schände Verarmhaltung, die ihr widerfahren sei. Erbärmliche Zustände! Es ist freilich unethisch befremdend, daß der Parteivorstand sich nun die Mühe der „Vorwärts“-Zwahlen vor der Drucklegung zur Prüfung vorlegen läßt. Aber solange die Redaktion bei der herrschenden Minderheit noch feilenfana salbador kann über Diskussionen während sie zur Behandlung der wichtigsten politischen Dinge nicht Muße und Raum im Blatt findet, muß es leidlich heißen: Diese Zensur ist notwendig und noch viel zu nachsichtig!

Nachträglich erhalten wir dazu eine Zuschrift des Parteivorstandes, der wir folgendes entnehmen: Von einer Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit kann auch deshalb keine Rede sein, weil der Redaktion niemals verwehrt wurde, ihre Auffassungen in den Parteidifferenzen zur Geltung zu bringen. Verlangt wurde nur, daß neben der Minderheit auch die Mehrheit im Zentralorgan ausreichend zum Wort kommt. Ist es doch mehrfach vorgekommen, daß Artikel von Genossen, die der Mehrheit angehören, mit nichtigenden Gründen von der Redaktion einfach abgelehnt wurden. Selbst dem aus dem Standpunkt der Mehrheit stehenden Redaktionsmitglied Cunow sind mehrfach Artikel zurückgewiesen worden, weil seine Auffassungen der Redaktion nicht pakteten. Diese Vergewaltigung von Vertretern der Mehrheit der Parteiverträge sich nicht mit den Pflichten, die der Redaktion eines Zentralorgans obliegen. Niemand hat der „Vorwärts“-Redaktion das Recht gegeben, die Leser in dieser Weise zu bevormunden. Die Parteigenossen haben das Recht, beide Seiten zu hören, damit sie sich selbst ein Urteil bilden können. Das ist das genaue Gegenteil jeglicher Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Damit die Spaltung der Reichstagsfraktion nicht zur Spaltung der Partei werde, muß alles aus dem Zentralorgan ferngehalten werden, das geeignet ist, die Einheit und Geschlossenheit der Partei noch mehr zu gefährden. Ganz selbstverständlich kann der „Vorwärts“ nach wie vor an der Parteimehrheit, an der Fraktion und an den Institutionen der Partei Kritik üben. Den Angegriffenen muß aber das Recht der Antwort dort zustehen, wo sie angegriffen worden sind.

Zum Redaktionskonflikt in Duisburg

machte der Parteivorstand Mitteilungen, die besätigen, was wir bergestern darüber wiedergaben. Es heißt darin: „Die Redakteure

Minster und Boch haben seit Monaten in der „Riederrhein, Arbeiterzeitung“ alles unterdrückt, was die Politik der Reichstagsfraktion gerechtfertigt erscheinen lassen könnte. Sie stellten das Blatt vielmehr in den Dienst jener Gruppe der Parteioption, von der vor kurzem der Braunschweiger „Volksfreund“ schrieb, daß sie sich auf einer aus allen Teilen des Reiches besetzten Konferenz ein eigenes Programm gegeben hätte und sich der ihrer politischen Betätigung durch nichts als durch dieses Programm gebunden eröchte. Auch wirkten die Redakteure für die Verbreitung von Parteipropaganda dieser Sonderorganisation, deren Treiben eine Verdrüßung und schließlich Spaltung der Partei herbeiföhren muß. Als dann am 20. März d. J. in einer Parteiverammlung der Filiale Duisburg-Stadt des Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Duisburg-Oberhausen dieses parteischädigende Treiben besprochen und vor dem Kauf der Marken dieser Sonderorganisation gewarnt wurde und daraufhin der Vorsitzende der Organisation einen kurzen, nach Form und Inhalt einwandfreien Bericht über diese Versammlung der Redaktion einbrachte, lehnte diese ohne triftigen Grund den Abdruck dieses Berichts ab. Zum Schluß ihrer vorerzählenden Sonderbeiträge mißbrauchten jedoch die Redakteure ihre Befugnisse und unterdrückten eine Rundgebung für die Einheit und Geschlossenheit der Partei, die von einer Parteioption des Verbreitungsgebietes der Zeitung ausging. Diesem verderblichen Treiben, durch das nicht nur die Parteioption untergraben, sondern auch das mit Mitteln der Hauptkasse errichtete Zeitungsunternehmen auf das schwerste gefährdet wurde, mußte ein Ende gemacht werden.

Den Redakteuren wurde auf den 1. Juli d. J. gekündigt; da sie das Blatt weiter zu persönlichen Zwecken mißbrauchen wollten, seien sie, unter Zustimmung ihres Gehaltes bis zum Ablauf der Kündigungsfrist, sogleich ihrer Stellung entlassen worden. Der Parteivorstand habe rasch handeln müssen; er werde sich später mit der Reichstagsfraktion des Blattes, wie mit den Organisationen des Verbreitungsgebietes der Zeitung ins Benehmen setzen. „Die Genossen werden dann erkennen, daß der Parteivorstand nicht anders handeln konnte, als wie er in pflichtgemäßer Erfüllung seiner Aufgaben gehandelt hat. Denn seine vornehmste Aufgabe ist, die Einheit und Geschlossenheit der Partei zu wahren. Diese wurde aber durch die beiden einflussreichen Redakteure auf das schwerste gefährdet, indem sie für eine gegen die Partei gerichtete Sonderorganisation mit eigenem, von unserem Parteiprogramm abweichenden Programm wirkten. Da sie zur Förderung dieser ihrer parteigegnerischen Bestrebungen auch das ihnen anvertraute Blatt mißbrauchten, mußten sie von ihrem verantwortlichen Posten in der Redaktion entfernt werden.“

Bevor der Parteivorstand diese Mitteilung herausgab, hatte die „Leipz. Volksztg.“ bereits die Vorgänge kritisiert und hatte gesagt, der Parteivorstand wende brutale Gewalt an. Wörtlich weiter: „Dah diese Methode die Zerreißung, die Spaltung der Partei in die gefährlichste Nähe rückt, ist für jeden Denker klar. Der Parteivorstand weiß es so gut wie wir. Es bleibt also nur noch die Frage: Was bezweckt er mit dieser Spaltungstaktik? Wir können uns nichts anderes denken, als daß er die Opposition zu Gegenmaßnahmen nach Stuttgart-Kaiser provozieren will, zur Einstellung der Zahlung an die Parteizentral-kasse und damit zum formellen Ausritt aus der Parteioption! Dann wäre er nämlich die Opposition aus der Parteioption los, dann könnte sie auf dem nächsten Parteitag nicht mehr vertreten sein, könnte sie die Entschlüssen des künftigen Parteitag nicht mehr beeinflussen! Der Plan ist dumm, aber pöfft! Wir müssen den Parteivorstand nach seinen bisherigen Leistungen leider solcher Abficht für fähig halten. Und unser Rat an die oppositionellen Genossen geht deshalb dahin: Laßt euch nicht provozieren! Bleibt in der Organisation und erfüllt eure Parteipflicht!“

Was der Parteivorstand in Duisburg getan hat, wird er allerdings verantworten müssen. Aber warum sagt die „Leipziger Volksztg.“ sein Wort gegen die Sonderorganisation. Nicht einmal eine Andeutung von deren Wesen und vom Wirken der Zwei für sie enthält der Leipziger Entlassungsartikel. Wer für eine Sonderorganisation wirkt, der betreibt Spaltungspraktik!

Aus dem Gewerkschaftsleben

von Frankfurt a. M. und Umgegend.

Differenzen im Holzgewerbe. Während im Bau- und in anderen Gewerben den Arbeitern Forderungen genährt wurden, haben dies die Unternehmer im Holzgewerbe in vollständigster Verneinung der gegenwärtigen Verhältnisse rundweg abgelehnt. Sie machen nunmehr auch nach den Arbeitern die bestehende Arbeitszeit freitrag, indem verläßt wird, diese zu verlängern. Dadurch sollen die Arbeiter auf der niedrigsten Lohnstufe gehalten werden. Für heute sei nur die Firma Kaufmann, Scheidewitzstraße 41, genannt, die sich nicht scheut, unter Durchbrechung des Vertrages eine längere Arbeitszeit, auch Sonntagsarbeit einzuföhren. Wir ersuchen unsere Mitglieder, ein solches Ansehen seitens der Unternehmer, sei es auch unter dem Deckmantel von Überstunden, rundweg abzulehnen und den Arbeitgeber an die Schlichtungskommission zu verweisen, die vorher darüber zu entscheiden hat. Wir werden in jedem einzelnen Falle nicht nur den Unternehmer, sondern auch die betreffenden Arbeiter, welche sich für solche Vertragsbrüche gebrauchen lassen, veröffentlichen. Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltung Frankfurt a. M.

Neues aus aller Welt.

Eisenbahnunfall. Der Güterzug 6094 Berlin-Galle fuhr Freitag früh in Rudenwalde auf ein totes Gleis und rannte gegen den Breßbock, so daß die Lokomotive und mehrere Wagen aus den Schienen thrangen und schwer beschädigt wurden. Der Nachwagen geriet in Brand, drei Schaffner und ein Soldat sind getötet, ein Wagenwärter und mehrere Viehhändler verwundet. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht ganz geklärt.

Alte Schwindelgeschichte. In dem Prozeß gegen die früheren Direktoren des preussischen Reichshauses Elkan & Jurewicz in Berlin wegen Untreue, Bilanzfälschung und Vergehens gegen die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches hat die Strafkammer das Urteil gefällt. Elkan erhielt vier Monate Gefängnis und wurde ferner zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Jurewicz erhielt sechs Monate Gefängnis und 900 Mark Geldstrafe. — Es handelt sich um kolossale Schwindelereien; der Prozeß hat Jahre gedauert. In der Sache wurde im Vorjahr auch die Frau eines Staatsanwalts verhaftet, aber später außer Verfolgung gesetzt.

Feldpost.

Enslav Dörmmer. Zeitung ist mit 6. Juni 16. bezahlt. Restliche 30 Mk. schreiben Ihnen gut.
Jean Schurz. Betrag ist bei uns eingelaufen.
Pionier Samstag. Zeitung ist bis 1. März bezahlt.
Ernst Kummel. Zeitung ist bis 25. April bezahlt.
Gefr. Wz. Zeitung ist bis 30. April bezahlt.
Wehrm. Schult. Zeitung ist mit 8. 4. 16. bezahlt